Revolutionäre Ideen verpackt in lateinische Lehrsätze : eine etwas ausgefallene Form oppositioneller Öffentlichkeit im Nachmärz

Autor(en): **Müller, Thomas Christian**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Traverse : Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire**

Band (Jahr): **7 (2000)**

Heft 2

PDF erstellt am: **02.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-18868

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

REVOLUTIONÄRE IDEEN VERPACKT IN LATEINISCHE LEHRSÄTZE

EINE ETWAS AUSGEFALLENE FORM OPPOSITIONELLER ÖFFENTLICHKEIT IM NACHMÄRZ

THOMAS CHRISTIAN MÜLLER

«*Suadere principi quod oporteat multi laboris est.* Fürsten sind meist auf dem rechten Ohr taub und hören nur schwer, was ihnen von der Linken gerathen wird.» So lautet ein Beispielsatz aus einem Lehrbuch, das 1851 unter dem Titel *Neueste lateinische Grammatik aus Zumpt's Hinterlassenschaft* in Jena veröffentlicht wurde.[1] Lateinkundige LeserInnen werden sogleich den Accusativus cum infinitivo des Satzes erkennen. Zweitens werden sie feststellen, dass die deutsche Übersetzung äusserst frei ausgefallen ist. Und wenn sie sich drittens den historischen Hintergrund – die Reaktionsjahre in Deutschland nach der 1848er Revolution – vergegenwärtigen, wird ihnen sofort die politische Botschaft der Übersetzung auffallen. Die Lateingrammatik, aus der dieser Satz – er ist nur ein Beispiel – stammt, beschäftigte im Winter 1851/52 die Behörden des Königreichs Bayern und steht im Zentrum der folgenden Ausführungen. Dabei geht es weniger um ein Auffrischen der Lateinkenntnisse als um den historischen Kontext dieses Vorfalls und um die Bildungspolitik nach der Märzrevolution, an der – wie viele damalige Konservative überzeugt waren – Lehrer und Volksschulen massgeblichen Anteil gehabt hatten. Für sie waren Lehrer «Proletarier der Geistesarbeit» und «politische und religiöse Wühler», welche die Bevölkerung, so der Publizist und Volkskundler Wilhelm Riehl, mit «Halbbildung» und «Zerrissenheit und Weltverbitterung» vergifteten.[2]

Im Folgenden werden am Beispiel zweier Quellentexte aus dem Hauptstaatsarchiv München einige bislang wenig erforschte Aspekte der reaktionären Bildungspolitik nach 1848/49 dargestellt. In dieser Politik widerspiegeln sich die beiden Gesichter der Reaktionsjahre: einerseits die rückwärtsgewandte, vom 1848er Revolutionstrauma geprägte Politik der Unterdrückung und des Stillstands, andererseits die «Bereitschaft zur partiellen Modernisierung»[3] der Gesellschaftspolitik. Auch das Königreich Bayern unter Maximilian II. musste sich bei der Festlegung seiner Bildungspolitik in diesem Dilemma der Reaktion zurechtfinden.

EIN BERICHT DES BAYERISCHEN ERZIEHUNGSMINISTERS

Am 20. Dezember 1851 richtete das bayerische «Königliche Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten» folgendes Schreiben an «die königliche Regierung, Kammer des Innern»:[4]

«Nach einer dem unterfertigten königlichen Staatsministerium zugekommenen Anzeige ist zu Jena im Laufe dieses Jahres erschienen: ‹Neueste lateinische Grammatik aus Zumpt's Hinterlassenschaft. Druck und Verlag von Friedrich Mauke›.
Aus dem angefügten, übrigens nur beispielsweise gefertigten Auszuge wird die königliche Regierung, Kammer des Innern, ersehen, in welcher frivolen, Fürsten und Regierungen verhöhnenden, alle edlere Sitte verletzenden Weise dieses triviale Produkt radikal-democratische Lehren und Grundsätze zu verbreiten sucht.
Die königliche Regierung, Kammer des Innern, erhält darum den Auftrag, ungesäumt sämtliche Rectorate und Subrectorate der Gymnasien und lateinischen Schulen ihres Bezirkes auf genannte Schrift aufmerksam zu machen und dieselben anzuweisen, mit aller Sorgfalt, jedoch mit Vermeidung unnöthigen Aufruhres, darüber zu wachen, dass jene nicht in die Hände der Schüler komme.
München den 20ten December 1851
Auf seiner königlichen Majestät allerhöchsten Befehl
gez.: Dr. v. Ringelmann»

Bei dieser Weisung handelt es sich um eine Abschrift eines kurzen amtlichen Briefes, dem ein Begleittext von 3 1/2 Seiten Länge beigelegt war – beides datiert auf den 20. Dezember 1851. Die beiden Quellen sind in deutscher Kurrentschrift verfasst. Absender des Schreibens war der bayerische Erziehungsminister Dr. Friedrich Ringelmann, dessen Ministerialsekretär Hänlein das Schreiben kopiert beziehungsweise überbracht haben dürfte. Der Brief richtet sich an den bayerischen Innenminister Theodor von Zwehl.[5] Aus der Beilage – so heisst es im Brief – gehe eindeutig hervor, dass es sich bei der Lateingrammatik um ein staatsgefährliches Produkt handle, was den Erziehungsminister wiederum dazu veranlasste, von den Behörden strenge, aber möglichst unauffällige Massnahmen gegen das Lehrmittel zu verlangen.

DAS ENDE DER 1848ER REVOLUTION UND DER BEGINN DER REAKTIONSJAHRE

Als die preussischen Truppen Ende Juli 1849 in Rastatt die letzte Festung der Aufständischen erobert hatten, war die Märzrevolution beendet. Zwar hatte die Revolution die alten Dynastien und Mächte in ihren Grundfesten erschüttert, aber in den meisten deutschen Staaten vermochten die konservativen Kräfte aus Adel, königstreuen Armeen, hohen Beamten und Gelehrten die Regierungsgewalt noch einmal an sich zu reissen. Im folgenden Jahrzehnt unternahmen sie einiges, um viele Ergebnisse der Revolution rückgängig zu machen, die einstigen Revolutionäre zu verfolgen und zu verhindern, dass die oppositionellen Bewegungen erneut aufkeimten. Vielerorts waren es aber nicht die gleichen Köpfe, die schon im Vormärz die Politik bestimmt hatten. Einige prominente Hardliner – wie beispielsweise Fürst von Metternich – mussten ihren Platz räumen, doch fanden sie im Nachmärz «würdige» Nachfolger, die nun an ihrer Stelle in den Verwaltungen und Ministerien sassen. Diese gut ausgebildete Elite aus Adel, Bürgertum, Armee, Bürokratie und Diplomatie hatte ihre Lehren aus den 1848er Ereignissen gezogen und wollte die traumatischen Revolutionserfahrungen überwinden. Ihr Ziel war klar: Es sollte in Deutschland nie mehr zu einer Revolution wie im Frühjahr 1848 kommen. Der auf breiter Front einsetzende reaktionäre Rückschlag lässt sich mit folgenden Stichworten umschreiben: Auflösung der meisten Parlamente, Revision der Verfassungen, erneute Stärkung des monarchischen Prinzips, Unterdrückung der politischen Rechte der Bevölkerung, konsequente Verfolgung und Vertreibung jeder Opposition, Verbot der politischen Vereine, Ausbau und Kooperation der politischen Polizei im Deutschen Bund, frühzeitige Erkennung politischer Unruheherde durch politische Geheimdienste und schliesslich die Unterdrückung und Kontrolle der Presse durch eine Vielzahl von Restriktionen.[6] In der Folge landeten Tausende in Gefängnissen, wurden hingerichtet, flohen ins Exil oder zogen sich aus der Politik in die innere Emigration zurück. Trotzdem liess sich das Rad nicht mehr völlig zurückdrehen. Grosse Teile der Bevölkerung hatten in der Revolution neue Formen des Protests und der Mitsprache kennen gelernt und lautstark zahlreiche politische und soziale Fragen aufgeworfen. Und ein gewitzter Lateinkenner wagte es, sich den reaktionären Kräften mit einer vermeintlich harmlosen Grammatik zu widersetzen …

SCHULBÜCHER ALS MITTEL DER POLITISCHEN OPPOSITION

Im Herbst 1851 erhielt das bayerische Erziehungsministerium Hinweise auf eine neue Lateingrammatik und beauftragte einen Beamten, das im sächsischen Jena gedruckte Lehrmittel genau zu prüfen. Das Ergebnis dieser Untersuchung war der bereits erwähnte Begleittext. Er enthält eine Liste von 20 verdächtigen Textstellen aus der «Neuesten lateinischen Grammatik», die im Originalwortlaut oder in Auszügen aufgeführt werden.

Bevor ich auf einige Beispiele aus dem Bericht genauer eingehe, folgen ein paar Hinweise zum Umfeld der Grammatik. Dieses Buch ist, was Form, Inhalt und Absicht betrifft, eines von zahlreichen Beispielen für den politischen «Ideenschmuggel», wie ihn oppositionelle Literaten und Verleger vor allem im Vormärz, später auch in den 1850er Jahren anwandten.[7] Unter «Ideenschmuggel» versteht man erstens die heimliche Verbreitung politischer Standpunkte, die den Machthabern widerstreben und die deren Zensurbestimmungen zu umgehen versuchen. Zweitens fallen darunter konkrete Strategien der Verlage und Autoren, die darauf abzielen, brisante Ideen hinter vermeintlich harmlosen Buchtiteln zu verstecken beziehungsweise – so der Fachausdruck – «einzuschwärzen», um damit die staatliche Zensur zu täuschen. Der «Ideenschmuggel» ist somit Teil der Geschichte des Buchdrucks und des Buchhandels und gleichzeitig eine Antwort auf die umfangreichen staatlichen Versuche, Meinungsbildung, Öffentlichkeit und Presse mit polizeilichen Massnahmen (Vorzensur, Prävention, Repression) zu kontrollieren, zu unterdrücken oder zu steuern.[8] Oftmals sollten mit diesen Methoden nicht nur die Zensoren, sondern auch die Zollbehörden hinters Licht geführt werden – so bei Schriften, die von Exilliteraten stammten, im Ausland gedruckt und in die deutschen Staaten vertrieben werden mussten.[9]

Zurück zur Lateingrammatik, wo hinter der auf den ersten Blick unverdächtigen Maske eines Lehrbuchs politische Ideen versteckt wurden. Der Autor – es ist mit grösster Wahrscheinlichkeit auszuschliessen, dass es sich um eine Frau handelte – blieb anonym; auch dies ein sehr häufig anzutreffender Trick, der die Zensurbehörden vor Rätsel stellen sollte.[10] Wie aus dem Untersuchungsbericht hervorgeht, störten den bayerischen Beamten vor allem die Stilmittel der Lateingrammatik. So spickt der anonyme Verfasser die grammatischen Lehrsätze mit scharfzüngiger Kritik an den politischen und sozialen Zuständen und mit zweideutigen Anspielungen auf das Verhalten der Regenten und konservativen Regierungen vor, während und nach der Revolution. Da und dort fliessen auch alltagssprachliche Verballhornungen offizieller Ehrentitel ein, wie man sie von Flugblättern, Karikaturen und Liedern der Revolution kennt.[11]

Im ersten beanstandeten Zitat geht es um die Adjektive, vor deren unüberlegten Verwendung der Autor warnt. Denn nur allzu oft würden einem durch Politik und Wissenschaft falsche, ja gar unmögliche Eigenschaften einer Sache oder Person verkauft beziehungsweise an den Kopf geschleudert. Es handelt sich dabei um eine sehr wörtliche Übersetzung des Wortes Adjektiv, das von lateinisch *adicere* (= hinwerfen, hinschleudern) stammt:[12] «pag. 12: *Adjectivum* ist eine meist bessere Benennung als das deutsche Eigenschaftswort, denn sie drückt treffend aus, dass Einem mitunter Eigenschaften an den Hals geworfen werden, die man gar nicht besitzt, z. B. ein vorurtheilsfreier Fürst, *princeps non impeditus opinionibus praeoccupatis,* ein bescheidener Professor, *Professor modestus.*»

Von den vermeintlich bescheidenen Professoren und unvoreingenommenen Fürsten ist es nicht weit zu den Zahlwörtern und den scheinbar demokratischen Tendenzen der Algebra. Letztere baue auf Gleichungen und damit auf Gleichheit auf. Nun habe man bekanntlich 1848 ebenfalls versucht, neue und auf Gleichheit basierende Formeln aufzustellen – leider ohne Erfolg: «Zahlwörter ist eigentlich eine falsche Benennung, denn Zahlwörter zahlen nicht, sondern zählen nur. Zahlten Zahlwörter, so würde kein Mensch etwas Anderes treiben als Arithmetik, und die Algebra sehr bald eine unnütze Wissenschaft sein, wie sie jetzt schon eine höchst democratische ist, weil sie sich mit Gleichungen beschäftiget, unsere Zeit aber darauf hindrängt, alle Gleichungen wieder aus der Welt zu schaffen, die das Jahr 1848 mit neuen Formeln aufzustellen drohte und versuchte; leider wusste man für Deutschland die rechte Formel nicht zu finden.»

Von den demokratischen Zahlwörtern kommen wir zu speziellen Pronominalkonstruktionen mit Vor- oder Nachsilben, deren Zweck es sei, einen Wortinhalt zu verstärken. Die Eselsbrücke, die das Schulbuch den Lernenden für diese Fälle baut, verbindet Grammatik mit den Folter- und Verhörpraktiken deutscher Untersuchungsrichter. Im Bericht wird folgende Stelle zitiert: «pag. 44: Die Pronomina werden mitunter durch Vorsetzung *eo* oder Anhängung von *nam* ausgeschmückt, wahrscheinlich damit sie noch mehr imponiren und inquisitorischer verfahren. Deutsche Inquirenten wenden mitunter stärkere Mittel an, um zu imponieren und es ist wohlbekannt, dass bei ihnen statt Vorsatz oder Anhängesylben Vorsatz- oder Anhängegesten, nämlich Prügel beliebt werden, um einen verstockten Inquisiten zum Reden zu bringen.»

Laut Untersuchungsbericht enthält die Grammatik auch Hinweise zu damals gebräuchlichen Abkürzungen, die – vor allem wenn es um offizielle Titel oder um die Amtssprache ging – im 19. Jahrhundert noch mehrheitlich in lateinischer Sprache verwendet wurden. Erneut stellt der Verfasser der Grammatik seine Phantasie, Ironie und sein Wissen über die Umgangssprache unter

Beweis. Gleichzeitig zieht er mit dem folgenden Beispiel die Mentalität der reaktionären Polizeibehörden ins Lächerliche, die – traumatisiert von der Revolution – auch hinter einer harmlosen Alltagsbegebenheit eine revolutionäre Tat vermuteten: «pag. 96: *Abbreviationen* p. p. [= perge, perge; und so weiter]. Man hat in neuester Zeit erlebt, dass ein unschuldiger Schustergeselle das *L. S.* [= *loco sigilli;* auf Abschriften amtlicher Dokumente anstelle des Siegels] unter einem hochfürstlichen Placat mit dem Scharfsinn der Einfalt und Unwissenheit, da er es gleich auf die Signaturen folgen sah, als eine Abbreviatur von *Lauter Spitzbuben* erklärte und deshalb vor dem Schwurgerichte von einer höchst freisinnigen Jury der verletzten Majestätsehrfurcht für schuldig erklärt p. p. wurde.»[13]

Das Sprichwort «Virum bonum esse semper est utile» fand ebenfalls Aufnahme in der Grammatik. Auch dieser A. c. I. wird nicht ganz inhaltsgetreu – dafür um so gesellschaftskritischer – übersetzt: «Ein dummer Kerl seyn, ist immer vorteilhaft.»

Zu dieser Erkenntnis passen wiederum zwei Abschnitte über den Ablativ, auf die der bayerische Beamte am Ende des Berichts hinweist. Darin taucht die symbolträchtige Figur des deutschen Michel auf. Gemeint ist der seit dem Spätmittelalter verbreitete Spottname für den verschlafenen, einfältigen und gutmütigen Deutschen, der sich seinen Herrschern widerstandslos ausliefert. Im Vormärz und in der Revolution findet sich die Figur häufig in politischen Karikaturen. In der Grammatik heisst es: «Man glaube jedoch nicht, dass der lateinische *Ablativ* gleich dem deutschen Michel sich Alles und immer gefallen lasse; Gott bewahre, er hat seine Augenblicke, wo er sich ermannt, wo er das Joch abschüttelt, wo er sich *absolut* zeigt p. p.» Gleich anschliessend heisst es: «Solche Ablative aber heissen: *Ablativi absoluti* p. p.; absolut, weil sie von Allem unabhängig sind, *consequentiae,* weil sie ganz allein einen besonderen (grammatischen) Staat für sich bilden. Das wird *rebus sic stantibus* (leider auch Consequenzablative) der deutsche Michel nie erlangen.»

Der Beamte hat also das Werk gründlich durchgearbeitet und ist dabei auf zahlreiche Textstellen gestossen, die weder mit den Zielen des Lateinunterrichts noch mit den rechtlich-politischen Bestimmungen in Bayern zu vereinbaren waren. Deshalb durfte das neue Lehrmittel unter keinen Umständen in den Gymnasien verwendet werden. Vielmehr musste man die Schüler – und den Staat – vor einer schleichenden Politisierung und Aufwiegelung schützen. Dass diese Gefahr ausgerechnet vom Lateinunterricht ausgehen könnte, dürfte die bayerischen Behörden um so peinlicher berührt haben, als Latein eine der Hauptsäulen der damaligen Lehrpläne für Gymnasien bildete. Wenig überraschend fiel im Innenministerium die Reaktion auf den Bericht aus, wo man den Vorschlag des Erziehungsministers unverzüglich an die Bezirksregierun-

gen weiterleitete. Letztere sollten gegen die Grammatik vorgehen und dafür «nach Massgabe der gesetzlichen Bestimmungen» die geeigneten Schritte einleiten.[14]

DIE BAYERISCHE BILDUNGSPOLITIK IN DER REAKTION: LEHRMITTEL ALS POLITISCHE PROPAGANDA?

Im Vormärz zählte Bayern zu den Staaten des Deutschen Bundes, die mit einer restriktiven Innenpolitik jede Form politischer Opposition verfolgten. In dieser Zeit baute die Regierung Abel u. a. den Sachbereich «Politische Umtriebe» auf, der sich mit Fragen der inneren Sicherheit auseinandersetzte und bis in die 1850er Jahre bestehen blieb. Noch vor Ausbruch der Märzrevolution erschütterte die Liaison König Ludwigs I. mit Lola Montez das Land.[15] Die europaweit beachtete Affäre stürzte Bayern in eine tiefe innenpolitische Krise und führte zum Sturz der Regierung und zum Rücktritt König Ludwigs I. Die Regierung wurde also nicht durch eine aufrührerische Volksbewegung gestürzt, sondern hatte sich «schrittweise selbst demontiert».[16] 1848/49 setzte der neue König Maximilian II. – im Volksmund Max genannt – die vormärzliche Überwachungspolitik fort; er baute sie sogar noch aus.[17]

Etwas anders präsentiert sich die nachrevolutionäre Bildungspolitik unter Max II.[18] Als akademisch gebildeter Monarch – er war Schüler Leopold von Rankes und pflegte zu zahlreichen Gelehrten intensive Kontakte – erkannte er, dass die soziale Lage der Unterschichten eine der Ursachen für die Revolution gewesen war. Im November 1848 liess er einen Aufsatzwettbewerb ausschreiben zur Frage, wie das Elend der Unterschichten bekämpft werden könnte. Das Echo war gross; 656 Texte wurden eingereicht. Den ersten Preis erhielt ein Angestellter aus Augsburg, der in seinem Aufsatz zum Schluss kam, die Förderung der Schulbildung sei das beste Mittel, um die Lage der kleinen Leute zu verbessern.

In diesem Punkt stimmte Max II., der eine Verbesserung der Lehrerausbildung und eine Reform der Volksschullehrpläne in Bayern plante, völlig mit dem Gewinner des Wettbewerbs überein. Letztere sollten nicht einfach auf blosses Auswendiglernen, sondern auf die Vermittlung nützlicher Fähigkeiten und christlicher Werte ausgerichtet sein. Gleichzeitig erkannte der König aber auch die Chance, die Schulen und die Lehrerschaft durch eine staatliche Bildungspolitik besser kontrollieren zu können. In beiden Bereichen liess er sich von konservativen Gelehrten beraten, die in den politisch «verbildeten» Lehrern und in der Idee eines deutschen Nationalstaats die grössten Gefahren für Bayern sahen. Der König musste aber auch auf die katholische Kirche achten,

die gerade in Bayern ein nicht zu unterschätzender Faktor war und die nach dem Ende der Revolution hoffte, ihren verlorenen Einfluss im Schulwesen zurückzugewinnen. Die Bischöfe waren überzeugt, dass die Rückkehr der Schule unter die Kontrolle der Kirche die beste Medizin gegen politische Irrwege sei.[19]

Max II. sah dies anders; er wollte das Wiedererstarken der Kirche auf diesem wichtigen politischen Feld verhindern und statt dessen die Stellung des Staates stärken. Dazu ergriff er verschiedene Massnahmen: Beispielsweise ordnete er strengere Kriterien für die Ausbildung der Lehrer an. 1857 erliess München das «Normativ über die Bildung der Schullehrer» und folgte damit dem Beispiel Preussens. Ausserdem durchsuchten staatliche Inspektoren die Bibliotheken der Lehrkräfte und Seminare nach staatsgefährlicher Literatur. So wurden in den 1850er Jahren Bücher von allen Autoren, die im Verdacht standen, demokratisch, republikanisch, atheistisch oder amoralisch zu sein, aus den Seminarbibliotheken entfernt. Gleichzeitig erstellte das Erziehungsministerium eine vom König genehmigte Liste mit staatlich geprüften Büchern.[20] Weiter verstärkte Bayern – wie auch andere deutsche Staaten – die staatliche Steuerung der Schulen und Lehrpläne.[21] Von nun an ruhte die Gymnasialausbildung auf den Säulen des christlichen Religionsunterrichts, der bayerischen Geschichte und der klassischen alten Sprachen. So erhielt der nationalbayerische Geschichtsunterricht ein besonderes Gewicht in den Lehrplänen. Und schliesslich wurde 1854 die «Ordnung der lateinischen Schulen und Gymnasien» von 1830 revidiert. Kurz, ein Lehrbuch wie die «Neueste lateinische Grammatik» lief diesen staatlichen Bildungszielen deshalb eindeutig zuwider.

Parallel zu den Nationalstaatsbildungen im 19. Jahrhundert verwendeten und missbrauchten immer mehr Regierungen Schul- und Lehrmittel für ihre politische Propaganda und verbanden damit Staats-, Presse- und Bildungspolitik. «Der Kampf um die Schule» – so Thomas Nipperdey – «wird zu einem neuen wesentlichen Stück der Auseinandersetzung politischer und gesellschaftlicher Kräfte; Schule wird zum Gegenstand der Politik, Schulpolitik ein neues Jahrhundertphänomen».[22] Schul- und Lehrbücher zähl(t)en damals wie heute zu den Meinungsmultiplikatoren und gehören zu den Medien, deren sich Regierungen für die Steuerung und Kontrolle der öffentlichen Meinung – ob verdeckt oder offen – bedien(t)en, um die «Interessenidentität zwischen Staat und Bevölkerung» zu fördern.[23] Dies hatte Max II. von Bayern ebenso erkannt wie vor und nach ihm noch so mancher Herrscher, Regierungschef und Minister. Die vorgestellten Quellen liefern nicht nur Hinweise auf die Mentalität, die Wertvorstellungen, das Politikverständnis und die Bildungsziele der reaktionären bayerischen Regierung, sondern deuten auch auf die Verbindungen zwischen Staatsschutz, Bildungs- und Pressepolitik in den 1850/60er Jahren hin.

Anmerkungen

1 Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (BayHSta), MInn 25114/II, Fasz. 4.
2 Wilhelm Riehl, *Die bürgerliche Gesellschaft,* 2. Aufl., Stuttgart 1851, 74 f., 101 f. – Vgl. Thomas Nipperdey, «Volksschule und Revolution im Vormärz. Eine Fallstudie zur Modernisierung», in Ders. (Hg.), *Gesellschaft, Kultur, Theorie. Gesammelte Aufsätze zur neueren Geschichte,* Göttingen 1976, 20; Karl A. Schleunes, *Schooling and Society. The Politics of Education in Prussia and Bavaria 1750–1900,* Oxford 1989, 129. – *Wilhelm Heinrich Riehl* (1823–1897), konservativer Journalist und Wissenschaftler, 1851–1854 Redakteur bei der Augsburger *Allgemeinen Zeitung,* später Professor für Kulturgeschichte und Volkskunde, enge Freundschaft mit Maximilian II. *Deutsche biographische Enzyklopädie,* München 1998, VIII, 299.
3 Dieter Langewiesche, *Europa zwischen Restauration und Revolution 1815–1849,* 3. überarb. und erw. Aufl., München 1993, 113.
4 Auf diese Akte stiess ich bei Archivrecherchen für meine Dissertation *Der Schmuggel politischer Schriften. Bedingungen exilliterarischer Öffentlichkeit in der Schweiz und im Deutschen Bund 1830–1848* (erscheint im Herbst 2000 im Niemeyer Verlag Tübingen).
5 *Friedrich Ringelmann* (1803–1870), Jurist, Politiker, 1849–1852 bayerischer Minister für Kirchen- und Schulangelegenheiten, 1854 Justizminister. *Theodor von Zwehl* (1800–1875), Beamter und Staatsmann, 1849–1852 bayerischer Innenminister, leitete die Reaktionspolitik ein, 1852–1864 Bildungsminister (Nachfolger Ringelmanns), später Regierungspräsident in drei Landkreisen. *Deutsche biographische Enzyklopädie,* München 1998, VIII, 316; bzw. München 1999, X, 703 f.
6 Wolfram Siemann, *Gesellschaft im Aufbruch. Deutschland 1849–1871,* Frankfurt a. M. 1990, 25–88.
7 Vgl. Walter Hömberg, *Zeitgeist und Ideenschmuggel. Die Kommunikationsstrategie des Jungen Deutschland,* Stuttgart 1975; Wolfram Siemann, «Ideenschmuggel. Probleme der Meinungskontrolle und das Los deutscher Zensoren im 19. Jahrhundert», *Historische Zeitschrift* 245 (1987), 71–106.
8 Einige Titel zur Zensur im Vormärz und in der Reaktion: Edda Ziegler, *Literarische Zensur in Deutschland 1819–1848. Materialien, Kommentare,* München 1983; Herbert G. Göpfert, Erdmann Weyrauch (Hg.), *«Unmoralisch an sich». Zensur im 18. und 19. Jahrhundert,* Wiesbaden 1988; Richard Kohnen, *Pressepolitik des Deutschen Bundes. Methoden staatlicher Pressepolitik nach der Revolution von 1848,* Tübingen 1995; weitere Literaturhinweise in Müller (wie Anm. 4).
9 Im Vormärz und in der Reaktion erschienen viele Oppositionsschriften unter Pseudonymen oder mit fingierten Angaben zum Druckort oder Erscheinungsjahr. Vgl. Müller (wie Anm. 4).
10 Weder kann ich genauere Angaben zur Identität, zum Hintergrund oder zur Herkunft des Autors machen, noch hilft die bibliographische Angabe «aus Zumpt's Hinterlassenschaft» weiter. Auch das Original der Grammatik stand mir nicht zur Verfügung. Weitere Hinweise sowohl auf die Grammatik als auch auf den Autor könnten sich unter Umständen bei weiteren Recherchen über den betreffenden Verlag oder durch Anfragen in grossen deutschen Archiven oder Bibliotheken ergeben. Mit Zumpt ist vermutlich Karl Gottlob Z. (1792–1849) gemeint, ein angesehener Altphilologe und Verfasser einer mehrfach aufgelegten Lateingrammatik. *Allgemeine Deutsche Biographie,* Berlin 1971 (Neudruck), VL, 481–483.
11 Sigrid Weigel, *Flugschriftenliteratur 1848 in Berlin. Geschichte und Öffentlichkeit einer volkstümlichen Gattung,* Stuttgart 1979.
12 Ein wichtiger quellenkritischer Hinweis: Bei den nachfolgend angeführten Ausschnitten handelt es sich nicht um Zitate aus der Originalgrammatik, sondern um Zitate aus dem Untersuchungsbericht. Die Hervorhebungen stammen aus der Abschrift der Quelle.
13 Wie die Forschung über die Reaktionsjahre zeigt, ist die beissende Kritik an der Polizeipraxis keineswegs aus der Luft gegriffen. Vgl. Wolfram Siemann (Hg.), *Der «Polizeiverein»*

deutscher Staaten. Eine Dokumentation zur Überwachung der Öffentlichkeit nach der Revolution von 1848/49, Tübingen 1983.

14 BayHSta, MInn 25114/II, Fasz. 4, Abschriften der Schreiben an die Kreisregierungen und an das Erziehungsministerium, 1. 1. 1852. – Auch das Erziehungsministerium erhielt eine Note mit Informationen über die getroffenen Massnahmen.

15 Max Spindler, «Die Regierungszeit Ludwigs I. (1825–1848)», in Ders. (Hg.), *Handbuch der bayerischen Geschichte,* München 1974, IV, 1. Teilband, 210 f.; Peter-Claus Hartmann, *Bayerns Weg in die Gegenwart. Vom Stammesherzogtum zum Freistaat heute,* Regensburg 1989, 393.

16 Karl-Joseph Hummel, *München in der Revolution von 1848/49,* Göttingen 1987, 35 ff.

17 Wolfram Siemann, *«Deutschlands Ruhe und Sicherheit und Ordnung». Die Anfänge der politischen Polizei 1806–1866,* Tübingen 1985, 211–221, 428–439.

18 Maximilian II. (1811–1864), ab 1848 König von Bayern, studierte Geschichte und Staatsrecht, setzte sich innenpolitisch für Wissenschaft und Bildung ein und berief zahlreiche Gelehrte und Künstler nach München (z. B. H. v. Sybel, W. H. Riehl, J. Liebig, Joh. C. Blunschli). *Neue Deutsche Biographie,* Berlin 1990, XVI, 490–495. – Zum Folgenden: Schleunes (wie Anm. 2), 146–150.

19 Hans Rall, «Die politische Entwicklung von 1848 bis zur Reichsgründung 1871», in Spindler (wie Anm. 15), 236.

20 Schleunes (wie Anm. 2), 148.

21 Albert Reble, «Das Schulwesen», in Max Spindler (Hg.), *Handbuch der bayerischen Geschichte,* München 1975, IV, 2. Teilband, 963–965.

22 Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat,* München 1983, 451.

23 Ute Daniel, «Die Politik der Propaganda. Zur Praxis gouvernementaler Selbstrepräsentation vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik», in Ute Daniel, Wolfram Siemann (Hg.), *Propaganda. Meinungskampf, Verführung und politische Sinnstiftung 1789–1989,* Frankfurt a. M. 1994, 48 f.